

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 2. M. Eintragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeiterermittlungs- und Jubiläen-Anzeigen bis 50 Spalten Kolonnen-Zeile 60. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von U. Wech. Druck von E. K. F. Meißner & Co., beide in Hannover. Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover. Redaktionsschluss: Sonnabend mittag 12 Uhr. Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaitraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

Karl Legien †

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat in diesen Tagen einen unerfesslichen Verlust erlitten. Karl Legien, den ersten Führer der Gewerkschaften und Begründer der gewerkschaftlichen Internationalen, hat der Tod von einem schweren Leiden erlöst. Schon seit längeren Jahren zehrten Krankheiten an seinem Körper, wiederholt brach er zusammen, aber immer wieder überwand er die Beschwerden, warf sich in Arbeit und Kampf hinein und achtete nicht seines Leidens.

Legien litt seit längerer Zeit an Magenbeschwerden, die sich in den letzten Monaten verschlimmerten und schon Anfang Oktober, während der Aufsichtsratsitzung des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, sich erheblich bemerkbar machten. Auf energisches Zureden seiner Freunde suchte er Ende Oktober einen Arzt auf, konnte sich jedoch einer von diesem für nötig befundenen längeren Beobachtung nicht unterziehen, da er bereits am nächsten Tage zur Sitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes nach Amsterdam fahren mußte. Dann fuhr er trotz erheblicher Verschlimmerung seines Leidens nach London zum Internationalen Gewerkschaftskongress. Als er sich Anfang Dezember wieder seinem Arzt vorstellte, ergab schon die Untersuchung, daß eine Magengeschwulst von erheblicher Ausdehnung vorlag, die eine sofortige Operation erforderte. Leider konnte diese bei dem vorgeschrittenen Prozeß Heilung nicht mehr bringen, so daß nach kurzem, schwerem Krankenlager Erlösung von seinem Leiden eintrat.

Am 26. Dezember, früh 1/27 Uhr, schlummerte unser armer Freund zum ewigen Schlaf ein. Millionen deutscher Arbeiter und aber Millionen Arbeiter im Auslande werden die Trauerkunde mit größter Anteilnahme erfahren haben, aber alle, die ihn persönlich kannten, werden ihm eine stille Abschiedsträne weihen.

Legien war am 1. Dezember 1861 in Marienburg in Westpreußen geboren. Er erlernte das Drechslerhandwerk und trat Mitte der 80er Jahre in Hamburg in die Arbeiterbewegung ein. Schon sein erstes Auftreten im Drechslerfachverein ließ den künftigen Redner und Führer erkennen. Er wurde 1887 zum Vorsitzenden der Vereinigung der Drechsler Deutschlands und 1888 zum Vorsitzenden der Zentralkrankenkasse der Drechsler gewählt und nahm als Vertreter der deutschen Drechsler 1889 am Pariser Arbeiterschuttkongress teil. Im November 1890 wählte ihn die Berliner Gewerkschaftskonferenz in die neubegründete Generalkommission, die ihn zu ihrem besoldeten Vorsitzenden berief. Mit der Generalkommission ist Legien aufs innigste verwachsen gewesen. Drei Jahrzehnte hat er sie und ihren Nachfolger, den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, geleitet; immer wieder berief ihn das einmütige Vertrauen der Gewerkschaftskongresse zur obersten Führung der deutschen Gewerkschaften. Er schuf das „Korrespondenzblatt“, das er 10 Jahre lang redigierte, sowie die Gewerkschaftszeitung, die er zu muster-gültiger Höhe entwickelte. Wie er die Gewerkschaften durch die Spylla der Parteikämpfe und durch die Charpdis der Fuchthausgefechtungskämpfe in den 90er Jahren hindurchführte, ist mit leuchtenden Lettern in die Geschichte der Gewerkschaften eingetragen. In ihm verkörperten sich die Lebenskraft und das Selbstvertrauen der Gewerkschaften, und wie er für deren Erhaltung kämpfte, als viele Genossen sie bereits aufgegeben hatten, so hatte er auch die Genugtuung, ihre glänzende Entwicklung zu Millionenorganisationen, an denen die stärksten Unternehmerverbände ihre Kräfte erschöpften, zu erleben.

Seit 1893 gehörte Legien auch dem Reichstag an, wo er mit einer Unterbrechung von 1878 bis 1903 den Wahlkreis Kiel vertrat. Stets aber stellte er die gewerkschaftliche Tätigkeit über das parlamentarische Wirken. Dabei war Legien ein Redner großen Stils und zum Massenagitator geboren. In seinen Reden vereinigten sich Wissen und Ueberzeugung, Klarheit und Schlagfertigkeit in ganz hervorragendem Maße. Aber der Redner wurde noch übertroffen von dem Organisator und Taktiker, der für die schwierigsten Verhandlungen und Situationen immer wieder die geeigneten Lösungen fand. Nicht minder hervorragend war er als Schriftsteller; wir verdanken ihm eine Reihe der besten Organisationschriften, und die Zahl seiner Aufsätze war sehr groß. Auch als Statistiker war er begabter. Legien gehörte zu dem kleinen Kreise der Alleskönner, die mit der Arbeiterbewegung groß geworden sind und ihre Kräfte auf allen Gebieten erproben heute bereits durch Spezialisten ersetzt, wenn sie überhaupt zu ersetzen sind. Die Gewerkschaftsbewegung kann aber an ihrer Spitze auf solche Unversalmen nicht verzichten, besonders auch nicht in der kommenden Entwicklung, und wir können nur hoffen, daß uns diese Spezies von Kräften nicht ganz ausstirbt.

Einem so universalen Geiste konnte die deutsche Gewerkschaftsorganisation nicht völlig genügen, und so war Legien der erste, der den Gedanken der Internationalität in der Gewerkschaftsbewegung organisatorisch verwirklichte. Im Jahre 1901 leitete er auf dem skandinavischen Arbeiterkongress in Kopenhagen das internationale Zusammenwirken der gewerkschaftlichen Landeszentralen ein, das auf dem deutschen Kongress 1902 in Stuttgart zur Begründung eines internationalen Sekretariats führte. Legien wurde internationaler Sekretär und später Vor-

sitzender des Internationalen Gewerkschaftsbundes und hat in dieser Eigenschaft das Band zwischen den Weltvölkern der Arbeit durch die Schaffung der Internationalen Jahrbücher und Statistiken sowie durch Angliederung der internationalen Berufssekretariate fester geknüpft. Bis zum Kriege umfaßte der Bund 19 Länderzentralen mit 7,4 Millionen Mitgliedern sowie 30 Berufssekretariate. Erst nach dem Weltkrieg wurde der Sitz des Internationalen Bundes nach Amsterdam verlegt.

Der Weltkrieg hat tief in die Lebensverhältnisse aller Gewerkschaften der beteiligten Länder eingegriffen. Kein Mann von gesundem Wirtlichkeitsfönn und Verantwortungsbewußtsein konnte sich diesen Wirkungen entziehen. Auch Legien zögerte keinen Augenblick, nachdem der Krieg zur unvermeidlichen Tatsache geworden war, sich auf die Seite der Verteidigung seines Volkes zu stellen, um wenigstens dessen Leiden zu mildern. Unausgesehen war er bemüht, den Einfluß der Gewerkschaften, als der größten Volksorganisation, auf die Kriegsfürsorge und Kriegswirtschaft zu stärken, den militärischen Gewalthabern die weiteste Bewegungsfreiheit für die Gewerkschaften abzurufen und schließlich ihre Mitentscheidung bei der Organisation des Hilfsdienstes durchzusetzen. Er hat aber ebenso unablässig für die baldige Beendigung des Krieges gewirkt, ohne leider damit bei den Arbeitervertretungen der Entenkänder die notwendige Unterstützung zu finden. Man hat seine Kriegspolitik, die übrigens auch von fast den gesamten Gewerkschaftsvorständen vertreten wurde, später aufs heftigste angegriffen. Aber Legien ist seinen Gegnern auf dem Nürnberger Gewerkschaftskongress 1919 die Antwort nicht schuldig geblieben, und der Kongress stimmte ihm mit großer Mehrheit zu und votierte ihm durch seine Wahl zum Ersten Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sein volles Vertrauen.

Auch seine paritätische Wirtschaftspolitik, die ein Zusammenwirken der Gewerkschaften mit den Unternehmerorganisationen herbeiführte, wurde zum Gegenstand schwerer Angriffe gemacht. Die Kritiker stießen sich dabei wohl meist an dem wenig glücklichen Namen „Arbeitsgemeinschaft“. Wer Legien genauer kannte, mußte freilich, daß er für eine Harmoniepolitik niemals zu haben war und nach wie vor das Klassentampprinzip anerkannte. Er sah aber ein, daß ein Wiederaufbau der heimischen Volkswirtschaft ebensowenig ohne die Unternehmerverbände wie ohne die Gewerkschaften möglich war, und wenn er das Zusammenwirken dieser beiden Faktoren organisatorisch sicherstellte, so leitete ihn zu allererst das Interesse der gesamten Arbeiterklasse.

Wenn Legiens Leben allezeit Kampf war, so erreichte derselbe seinen Höhepunkt in der Woche des Rapp-Fußtes im März 1920. In jenen Tagen war er die Seele des Widerstandes gegen die Militärdiktatur, der Leiter des Generalkreises, der Tag und Nacht, weder Ruhe sich gönnend, noch Gefahren scheuend, bemüht war, die Einheitsfront gegen die Reaktion aufrecht zu erhalten. Als dann die Usurpatoren vertrieben waren, da trat er als der Führer der siegreichen Organisationen auf, um diesen die Früchte des Kampfes zu sichern. In der Nacht vom 19. zum 20. März setzte er die Anerkennung der neun Gewerkschaftsforderungen durch, die den Organisationen den maßgebenden Einfluß auf die Neuordnung der politischen Verhältnisse sicherstellte. Leider ist diese Sicherung wieder verloren gegangen. Uneinigkeit der Arbeiterklasse, Mangel an Verantwortungsfönn sowie der spätere Ausfall der Reichstagswahlen und das Ausbleiben der Sozialdemokraten aus der Reichsregierung haben zweifellos zu diesem Resultat beigetragen. Vielleicht wäre manches dann vermieden worden, wenn Legien selbst noch die Kraft gefunden hätte, die Leitung der Reichspolitik zu übernehmen. Aber Legien war schon in den Kapptagen ein schwerkranker Mann, der am Morgen des 20. März fast zusammenbrach, und er wußte wohl, daß er sich diese neue Belastung nicht mehr zumuten konnte.

Wie schwer Legiens Gesundheit bereits damals erschüttert war, das zeigte sich im Sommer und Herbst dieses Jahres bei wiederholten Gelegenheiten. Trotdem überwand er noch die Verantwortlichkeiten von Reisen nach Genf, Amsterdam und London, um an internationalen Tagungen des Arbeitsamtes, des Gewerkschaftssekretariats und Gewerkschaftsbundes teilzunehmen. Als todkranker Mann kehrte er Ende November von London zurück, ahnend, daß er den Jahreschluß nicht mehr überleben werde.

In Legiens Lehre vereinigten sich in tieferer Trauer die deutschen Gewerkschaften und die deutsche Arbeiterbewegung mit den Gewerkschaften der ganzen Kulturwelt. Ueberall, so weit der gewerkschaftliche Organisationsgedanke drang, ist auch Legiens Name bekannt geworden und hat Bewunderer, Anhänger und Freunde gefunden. Freilich auch Gegner, nicht zum wenigsten auf internationalen Gebieten, obwohl ihm dort das meiste für die Klärung und Organisation des Proletariats zu danken ist. Vielleicht wird die Nachwelt dem Toten mehr gerecht als die Mitwelt dem Lebenden. In der deutschen Gewerkschaftsbewegung aber wird Legiens Name und Angedenken erhalten bleiben. Großes hat Karl Legien für uns geleistet; aus künftigen Anfängen hat er eine Riesengeneration von 8 Millionen geschaffen und geleitet. Es war ihm noch vergönnt, sein Lebenswerk in so gewaltiger Größe heranzuwachsen zu sehen. Nun ist das Steuer seiner Hand entsunken, aber die deutschen Gewerkschaften werden weiterleben, und seine Mitarbeiter werden in seinem Geiste weiterarbeiten, um sein Werk zu vollenden. Wir ehren unseren Führer,

indem wir so, wie er es allezeit getan hat, im Dienste der Arbeiterbewegung unsere ganze Kraft für den Sieg des kämpfenden Proletariats einsetzen!

Er hat für unsern Kampf auf Erden ein scharfes Schwert verliehen, daß eine neue Welt soll werden; drum ehret ihn!

10. Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Die zehnte Tagung fand vom 15. bis 18. Dezember im Gewerkschaftshaus in Berlin statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende Genosse Grafmann dem Andenken des verstorbenen Genossen Bringmann (Zimmererverband) ehrende Worte des Andenkens.

Im Auftrage der von der vorigen Sitzung eingesetzten Studienkommission zur Untersuchung der Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. berichtete Genosse Dörmann (Metallarbeiter) und machte im Namen der Studienkommission bestimmte Vorschläge zur Beschädigung der Akademie durch Gewerkschaften. Allerdings konnte dies nicht in dem hohen Maße geschehen, wie von der Verwaltung der Akademie vorgeschlagen worden ist; immerhin mußte aber doch etwas geschehen, um mehr volkswirtschaftliche Kenntnisse in die Massen zu tragen. Im Anschluß daran erörterte der Genosse Boldt aus preußischen Kultusministerium einen Plan, in kürzester Frist die allernotwendigsten volkswirtschaftlichen Kenntnisse in kürzester Zeit den Massen zu vermitteln. In der darauf folgenden Aussprache kam hauptsächlich zum Ausdruck, daß beide Pläne nebeneinander ausgeführt werden können, und schließlich einigte der Ausschuß sich auf folgende, vom Genossen Siebel (Angekleidtenverband) eingebrachte Resolution:

Der Bundesausschuß legt der Gründung einer Akademie der Arbeit grundsätzlich wohlwollend gegenüber und ermächtigt die Kommission, an den weiteren Verhandlungen sich zu beteiligen. Inzwischen nehmen die einzelnen Verbände an der Beteiligung an der Akademie bzw. auch der finanziellen Durchführung Stellung. Hierfür muß vorher die Ausbildungsdauer festgesetzt werden. Eine sehr ausgedehnte Aussprache entfaltete die Behandlung des Lohnpolitik der Verbände. Der Bundesvorstand hatte diese Frage auf die Tagesordnung gestellt infolge einer Beschwerde des Verbandes der Bergarbeiter darüber, daß die anderen Verbände bei ihrer Lohnpolitik zu wenig Rücksicht auf die Preisgestaltung der Kohle nähmen. Auch wünschte der Bergarbeiterverband, daß beim A. D. G. B. eine wirtschaftspolitische Stelle eingerichtet werde. Ferner hatte der Ortsausschuß Nürnberg zentrale Verhandlungen mit den Unternehmern wegen des Lohn- und Preisabbaus gewünscht. Bei dieser Gelegenheit machten die Vertreter der Verbände der Bergarbeiter und der Eisenbahner eingehende Mitteilungen über die gegenwärtigen großen Lohnbewegungen in ihren Berufen. Allgemein wurde gewünscht, daß der Bund sich für die Beilegung dieser Bewegungen einsetzt, jedoch wurde auch die außerordentlich schwierige Lage der Bergarbeiter und der Eisenbahner allgemein anerkannt, und der Regierung soll jeder Zwang darüber genommen werden, daß der Ausschuß sich mit aller Kraft hinter diese Arbeitergruppen stellt.

Ferner wünschte der Bundesausschuß, daß der Bundesvorstand seine bisherige Vertretung im Reichsausschuß für Landwirtschaft beibehält, esgleich bis jetzt nicht imstande war, das Steigen der Lebensmittel zu verhindern. Immerhin gibt die Vertretung die Möglichkeit, sich über die wirtschaftlichen Verhältnisse zu unterrichten. Eine Verantwortung für die Tätigkeit des Reichsausschusses müsse der A. D. G. B. aber abhagen. Im übrigen stellte der Ausschuß sich auf den Standpunkt, daß eine Mitwirkung des Bundes bei der Lohnpolitik der einzelnen Berufe nicht erfolgen sollte. Diese müsse nach wie vor Aufgabe der einzelnen Organisationen bleiben. In lebenswichtigen Industrien dürften entsprechende Schritte allerdings nicht ohne das Einverständnis der übrigen Arbeiterklassen erfolgen, die durch diese Maßnahmen in Mitleidenschaft gezogen werden können.

Schließlich und entscheidend nahm der Bundesausschuß Stellung gegen die Verordnung des Reichspräsidenten über Streiks in Betrieben, die die Bevölkerung mit Gas, Wasser und Elektrizität versorgen. In der Aussprache kamen gegenwärtige Meinungen überhaupt nicht zum Ausdruck, sondern es wurden nur Einzelheiten vorgebracht, die geeignet waren, die Stellungnahme noch zu verfeinern. Einmütig wurde folgende Entschließung angenommen:

Der Reichspräsident hat mit Zustimmung des Reichskabinetts am 10. November d. J. auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung eine Verordnung erlassen, durch die das Streikrecht in den Betrieben, die die Bevölkerung mit Gas, Wasser oder Elektrizität versorgen, unter Zwangsmaßnahmen geordnet und praktisch eingeschränkt sind. Der Reichstag hat am 20. November d. J. dieser Verordnung zugestimmt und ihre Aufrechterhaltung bis zur Einbringung eines vollständigen Entwurfs verordnet.

Der Bund und Ausschuß des A. D. G. B. vertreten in Bezug auf das Streikrecht in den genannten Betrieben den gleichen Standpunkt, den der 10. Gewerkschaftskongress 1919 in Nürnberg hinsichtlich des Streikrechtes der Eisenbahner eingenommen hat. Er verkennt nicht die großen Gefahren, die durch Streiks in solchen lebenswichtigen Betrieben für Wirtschaft und Bevölkerung hervorgerufen werden, und legt insbesondere nicht Streiks, die entgegen den gewerkschaftlichen Grundgedanken überhaupt gestiftet werden, in entscheidender Weise ab.

Es ist wohl schon Verhandlung und Ausschuß des A. D. G. B. auch in diesen Fall Einspruch gegen jede auch nur vorübergehende Beschränkung des Streikrechtes, das allen Arbeitern und Angehörigen ohne Ausnahme zugeht. Sie vertreten auch hier den Standpunkt, daß Streiks nicht durch Verbote, sondern nur im Wege der Verständigung mit den gewerkschaftlichen Organisationen zu verhindern sind.

Die beiden gewerkschaftlichen Zentralvertretungen richten an die Reichsregierung das dringende Eruchen, die auch mit den Bestimmungen der Reichsverfassung nicht zu vereinbarende Verordnung vom 10. November 1920 wieder aufzuheben. Sie protestieren nachdrücklich gegen ihre Aufrechterhaltung und Abänderung durch ein Zwangsmaßnahmengesetz, das die Gewerkschaften ebenfalls stets belästigt haben.

An die Arbeiter und Angehörten in den lebenswichtigen Betrieben richten Vorstand und Ausschuß des A. D. G. B. den Appell, ihre Interessen stets nur im Rahmen der gewerkschaftlichen Organisationen zu vertreten und sich nicht zum Schaden der gesamten Volkswirtschaft von unverantwortlichen Kreisen in wilde Streiks hineinziehen zu lassen. In den Angelegenheiten der von den Rostowitzern gestifteten und von Teil wohl auch noch etwas anders ausgefallenen Zusammenkünfte

halten schon vor der Ausschreibung einige Gewerkschaften in recht harter Weise Stellung genommen. Unter den im Ausschuss versammelten Vorstandsmitgliedern herrschte natürlich volle Einmütigkeit darüber, daß hier nur eine entliehene Abmehrer am Platze ist. Die einstimmig angenommene Entschließung hat folgenden Wortlaut:

Die Moskauer Kommunistische Internationale hat der Gewerkschaftsinternationale (Kampfbund) Krieg und Vernichtung angedeutet. Unter der wahrheitswidrigen und unbeweisbaren Behauptung, die mittel- und osteuropäischen Gewerkschaften seien samt ihren Landeszentralen „gelb“, ihre Führer vom Privatkapital „bestochen“, wird eine Aktion eingeleitet, deren eingeschobenes Ziel die Beschlagung unserer in jahrelanger Arbeit und unter schweren Kämpfen und Opfern aufgebauten deutschen Gewerkschaften ist. Die Gewerkschaftsmitglieder sollen gemäß der Moskauer These verpflichtet sein, die Betriebsräte und Gewerkschaften tatsächlich der Leitung der kommunistischen Partei unterzuordnen. Damit nicht genug, erwartet diese von ihren Parteigängern, daß sie ihre politischen Ziele höher stellen als die Form der Gewerkschaften und daß sie selbst vor einer Spaltung der Gewerkschaftsorganisationen nicht zurückweichen, wenn der Verzicht auf eine Spaltung gleichbedeutend sein würde mit einem Verzicht auf die revolutionäre Tätigkeit in den Gewerkschaften. Während die deutschen Gewerkschaften bisher als eines ihrer höchsten Güter das unbedingte Recht betrachteten, auf den Landeskongressen ihre Grundzüge selbst festzusetzen, ihre Taktik selbst zu bestimmen, sollen sie also künftig dem Geißel von Personen und Körperlichkeiten unterworfen sein, die — ohne Kenntnis der jeweiligen Verhältnisse — rein doktrinar wirken. Nicht das Proletariat würde diktiert, sondern obdunkle Eliten würden eine Diktatur über das Proletariat ausüben.

Getreu ihrer Tradition und im Verfolg der Beschlüsse der internationalen Kongresse, insbesondere des letzten in London, befinden die deutschen Gewerkschaften ihre Sympathie und Solidarität mit den Arbeitern aller Länder, nicht zuletzt mit dem Proletariat des Inlands, dessen Leben und Bestrebungen sie mit tiefster Anteilnahme beobachten. Sie glauben, daß der Kampf der russischen Proletarier an die Arbeiter der Internationale die Kampfkraft der Arbeiterklasse der Welt stärken und auch den russischen Genossen wertvolle Vorteile bringen würde. Aus denselben Gründen aber legen sich die deutschen Gewerkschaften energig gegen alle ihre eigene Autonomie und Bewegungsfreiheit gefährdenden Bestrebungen zur Wehr. Als eine solche Gefährdung betrachten sie die Bildung kommunistischer „Keimzellen“, bestimmt die Gewerkschaften von innen auszuwickeln, sie den Moskauer Thesen gefällig, in Wirklichkeit aber absonderlich zu machen. Im Gegensatz zu unseren bewährten gewerkschaftlichen Methoden sollen diese „Keimzellen“ anderen Grundzüge befolgen (Anwendung von List, Schleichheit, illegalen Methoden, Verheimlichung der Tätigkeit u. a.), die wir als unmoralisch und gewerkschaftsfeindlich mit aller Entschiedenheit ablehnen und bekämpfen.

Da die von Moskau empfohlene Tendenz in hohem Maße die Einheit und Einheitlichkeit der Gewerkschaftsbewegung gefährden, die Arbeiterschaft in ihrer Einigkeit lähmen, Demütigung und Herabwürdigung nach sich ziehen, so erklärt der Ausschuss des A. D. G. B. es als unabweisbare Pflicht der Verbände, diese gefährlichen Bestrebungen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen. Mitglieder, die als einzelne oder in Verbindung mit anderen die heute mehr denn je notwendige Einheit der Gewerkschaften gefährden, schädigen deren Position gegenüber dem Kapital, verletzen damit gegen die gewerkschaftlichen Grundzüge und stellen sich außerhalb des Rahmens der Verbände. Die Konsequenzen aus einem solchen Verhalten ergeben sich damit von selbst.

Der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes warnt darum im Interesse der gewerkschaftlichen Organisationen vor der Propaganda der Moskauer Tendenz. Er richtet an die Mitglieder der angegriffenen Verbände die erste Mahnung, den bewährten Grundzügen der deutschen Gewerkschaften treu zu bleiben und allen Versuchen, Heterogenität und Uneinigkeit in die Mitgliederreihen zu tragen, mit entschlossener Entschiedenheit entgegenzutreten.

Über den Ausbau der Wirtschaftsorganisationen wurde Genosse Adolf Geyen eine Reihe von Ausführungen, und da diese Sache nach nicht abschließend ist, beschloß der Ausschuss, eine 15köpfige Eindeutschemission zu entsenden. 10 Vertreter soll der Ausschuss entsenden und 5 Vertreter sollen dem A. D. G. B. entsandt werden. Es wurde auch nicht gütlich, sondern doch unter den heutigen Verhältnissen immerhin bedeutendster Schritt zur einheitlichen Arbeit zur Förderung der Betriebsrätebildung der Ausschuss in einer Stellungnahme an der Bundesversammlung, die der Ausschuss als eine Beratung im Besonderen beauftragt hat. Es wurde gegen eine Entsendung des Ausschusses beschlossen, daß ein dieser Ausschussmitgliedern nicht zuzustimmen soll.

Die nächste Frage für die deutschen Gewerkschaften bilden die Folgen, die im Saargebiet infolge der Einweisung der Franzosen eintreten werden. Für die Gewerkschaften handelt es sich hier um die Bekämpfung der dortigen Gewerkschaftsmitglieder, um welche Maßnahmen sie ergreifen sollen. Da sich die Sachlage noch nicht klar abgeklärt hat, beschloß der Ausschuss am Anfang des Monats ein in Saarbrücken, daß der Ausschuss eine Beratung im Besonderen beauftragt hat, die sich mit der Frage der Einweisung im Saargebiet beschäftigt. Es wurde gegen eine Entsendung des Ausschusses beschlossen, daß ein dieser Ausschussmitgliedern nicht zuzustimmen soll.

Die nächste Frage für die deutschen Gewerkschaften bilden die Folgen, die im Saargebiet infolge der Einweisung der Franzosen eintreten werden. Für die Gewerkschaften handelt es sich hier um die Bekämpfung der dortigen Gewerkschaftsmitglieder, um welche Maßnahmen sie ergreifen sollen. Da sich die Sachlage noch nicht klar abgeklärt hat, beschloß der Ausschuss am Anfang des Monats ein in Saarbrücken, daß der Ausschuss eine Beratung im Besonderen beauftragt hat, die sich mit der Frage der Einweisung im Saargebiet beschäftigt. Es wurde gegen eine Entsendung des Ausschusses beschlossen, daß ein dieser Ausschussmitgliedern nicht zuzustimmen soll.

Die nächste Frage für die deutschen Gewerkschaften bilden die Folgen, die im Saargebiet infolge der Einweisung der Franzosen eintreten werden. Für die Gewerkschaften handelt es sich hier um die Bekämpfung der dortigen Gewerkschaftsmitglieder, um welche Maßnahmen sie ergreifen sollen. Da sich die Sachlage noch nicht klar abgeklärt hat, beschloß der Ausschuss am Anfang des Monats ein in Saarbrücken, daß der Ausschuss eine Beratung im Besonderen beauftragt hat, die sich mit der Frage der Einweisung im Saargebiet beschäftigt. Es wurde gegen eine Entsendung des Ausschusses beschlossen, daß ein dieser Ausschussmitgliedern nicht zuzustimmen soll.

Die nächste Frage für die deutschen Gewerkschaften bilden die Folgen, die im Saargebiet infolge der Einweisung der Franzosen eintreten werden. Für die Gewerkschaften handelt es sich hier um die Bekämpfung der dortigen Gewerkschaftsmitglieder, um welche Maßnahmen sie ergreifen sollen. Da sich die Sachlage noch nicht klar abgeklärt hat, beschloß der Ausschuss am Anfang des Monats ein in Saarbrücken, daß der Ausschuss eine Beratung im Besonderen beauftragt hat, die sich mit der Frage der Einweisung im Saargebiet beschäftigt. Es wurde gegen eine Entsendung des Ausschusses beschlossen, daß ein dieser Ausschussmitgliedern nicht zuzustimmen soll.

Die nächste Frage für die deutschen Gewerkschaften bilden die Folgen, die im Saargebiet infolge der Einweisung der Franzosen eintreten werden. Für die Gewerkschaften handelt es sich hier um die Bekämpfung der dortigen Gewerkschaftsmitglieder, um welche Maßnahmen sie ergreifen sollen. Da sich die Sachlage noch nicht klar abgeklärt hat, beschloß der Ausschuss am Anfang des Monats ein in Saarbrücken, daß der Ausschuss eine Beratung im Besonderen beauftragt hat, die sich mit der Frage der Einweisung im Saargebiet beschäftigt. Es wurde gegen eine Entsendung des Ausschusses beschlossen, daß ein dieser Ausschussmitgliedern nicht zuzustimmen soll.

Die nächste Frage für die deutschen Gewerkschaften bilden die Folgen, die im Saargebiet infolge der Einweisung der Franzosen eintreten werden. Für die Gewerkschaften handelt es sich hier um die Bekämpfung der dortigen Gewerkschaftsmitglieder, um welche Maßnahmen sie ergreifen sollen. Da sich die Sachlage noch nicht klar abgeklärt hat, beschloß der Ausschuss am Anfang des Monats ein in Saarbrücken, daß der Ausschuss eine Beratung im Besonderen beauftragt hat, die sich mit der Frage der Einweisung im Saargebiet beschäftigt. Es wurde gegen eine Entsendung des Ausschusses beschlossen, daß ein dieser Ausschussmitgliedern nicht zuzustimmen soll.

hätten für Millionen einer unterirdischen und in ungesunden Wohnungen dahinjagenden Frau und Kinder stellt. Raum für die Forderung der Durchführung der Dienstleistungen abgemacht, ergibt die Entlastung von seinen Forderungen, die auf die vollkommene Wertschöpfung der Wirtschaft durch den Arbeiter zurückzuführen ist. Die deutsche Gewerkschaften und Angehörigen werden wiederholt erklärt, daß sie gewillt sind, an der eifriger Erfüllung des Beschlusses der Gewerkschaften mitzuwirken. Ohne diese Mitwirkung ist die Erfüllung unmöglich. Durch derartig rigorose Maßnahmen der Ententeeregierungen wird jedoch dieses Bestreben der deutschen Arbeiter- und Angehörigen systematisch untergraben und letzten Endes unmöglich gemacht. Die vorgenannten Korporationen richten daher an die Arbeiter und Angehörigen in den Ententeländern die dringende Aufforderung, auf ihre Regierungen in diesem Sinne einzuwirken, daß solche schändlichen Maßnahmen gegen das deutsche Wirtschaftsleben in Zukunft ausbleiben.

Mit der Frage der Sozialisierung des Bau- und Wohnungswezens hat sich schon die vorige Ausschreibung beschäftigt und die Einsetzung einer Kommission beschlossen, die in Gemehrhaft mit den beiden sozialdemokratischen Parteien der Lösung dieser Frage näherzutreten soll. Im Auftrag dieser Kommission, berichtete Genosse Frey (Hörsing) über die Aufgaben, die auf diesem Gebiet zu lösen sind, und so mannigfaltig und schwierig, daß es nötig ist, zu ihrer Bewältigung ein besonderes Sekretariat einzurichten, das das Material dazu bereitet. Die Einrichtung eines solchen Sekretariats wurde beschlossen. Wegen der Kosten muß noch ein Abkommen mit den politischen Parteien getroffen werden.

Die Stellungnahme zum Stande der Sozialisierungsfrage leitete der Genosse Unbrecht ein. Es handelt sich dabei bekanntlich zunächst um die Sozialisierung des Kohlenbergbaues. Der Redner sprach die dazu vorliegenden zahlreichen Vorarbeiten und die Bemühungen der Gewerkschaften, diese zum mindesten auf die lange Bank zu schieben. In der Aussprache wurde wieder anderem die große Gefahr herbeigehoben, die darin besteht, daß auch eine Sozialisierung der Bergarbeiter noch nicht gleich die günstigen Lohn- und Arbeitsbedingungen bringen kann, auf die sie bei der Schwere und Gefährlichkeit ihrer Arbeit berechtigten Anspruch haben und daß dies von verschiedenen Seiten in demagogischer Weise gegen den Sozialismus überhaupt ausgeübt werden kann. Es geht sich dabei nicht nur um wirtschaftspolitische Erwägungen, sondern auch um sehr wichtige taktische Fragen. Der Ausschuss entschied sich für die Einsetzung einer Kommission, die zu diesem Zwecke mit den beiden sozialistischen Parteien in Verbindung treten soll.

Die folgende Frage Berufs- oder Industrieorganisation drängt auch im Vergleich zu einer Lösung, besonders wenn man sich vergegenwärtigt, daß im Bergbau neben den eigentlichen Bergarbeitern auch noch Mitglieder der Verbände der Metallarbeiter, Maschinenbau und Feiler, Fabrikarbeiter, Holzarbeiter, Bauarbeiter, Zimmerer, Dachdecker, Schlosser, Maler, Transportarbeiter, Eisenbahner, und Gärtnere beschäftigt sind. Genosse Geyen vom Bergarbeiterverband lud die Vorstände dieser Gewerkschaften ein zu einer am 18. Januar in Berlin abzuhaltenden Besprechung.

Die Gewerkschaftsangelegenheiten sind jetzt und besonders sehr überlastet und besonders groß ist, wie allseitig anerkannt wurde, die Überlastung bei den leitenden Angehörigen des Bundesverbandes. Eine Abhilfe durch Aufhebung weiterer Kreise konnte bisher nicht geschaffen werden, weil dem Bundesverband dazu teils die Mittel, teils auch die Räumlichkeiten dazu fehlen. Um den allerdringendsten Anforderungen ein wenig entgegenzukommen zu können, schlug der Bundesverband vor, zunächst einen weiteren Sekretär anzustellen. Die Besetzung einer weiteren Kraft bleibt vorbehalten. Ferner erhielt er die Ermächtigung, außerdem eine Kraft für die Angelegenheiten der sozialpolitischen Abteilung anzustellen. Zum Sekretär wurde Genosse Robert Schmidt gewählt.

Eine sehr gründliche und trotz gelegentlicher sachlicher Meinungsverschiedenheiten vom besten inneren Sachverstande geleitete Aussprache entspann sich bei dem Tagesordnungspunkt „Die nächsten Aufgaben der Gewerkschaften“. Hierzu hatte Genosse Ditzmann (Metallarbeiter) das einleitende Wort übernommen. Aufmerksam gab man der Meinung Ausdruck, daß die Gewerkschaften mit der bisherigen bloßen Lokalpolitik nicht weiter kommen können und daß die Verhältnisse zu weiterer Betätigung drängen. Diese sei um so notwendiger, da den politischen Parteien durch die bedauerlichen Spaltungen die Erfüllung ihrer Aufgaben sehr erschwert sei und nur so die Möglichkeit vorhanden sei, eine Einheitsfront des kampfenden Proletariats wiederherzustellen. Die Aussprache an der sich zahlreiche Vertreter gewisser, mittlerer und kleiner Gewerkschaften beteiligten, war sehr produktiv. Sie wird in der nächsten Zeit in der Gewerkschafts-Preise noch ihre Fortsetzung finden.

In Anbetracht der diesjährigen Tagesordnungspunkt berichtete das Bundesvorstandesmitglied Sabath über die Verhandlungen mit dem Allgemeinen freien Angehörigenverband (A. F. A.) über die Frage der Zusammenfassung der Hand- und Kopferbeiter zu einer gewerkschaftlichen Organisation. Die jetzt eine solche Zusammenfassung nicht möglich ist, darüber gehen die Meinungen noch weit auseinander, um so mehr, da es Verufe gibt, bei denen die Gruppierung Schwerer und Leichteren zu finden. Es finden noch weitere Verhandlungen über diese Angelegenheiten statt.

Der Verband der Berufsfeuerwehrmänner (9500 Mitglieder) wurde in den A. D. G. B. aufgenommen. Ein den letzten vorher behandelten Fragen verwandtes Gebiet behandelte der Bericht der Kommission betreffend die Industrieorganisation. Berichterstatter war Genosse Ditzmann. Die Kommission ist in voller Tätigkeit und beschäftigt, dem Gehalt der Zeit Rechnung zu tragen. Es wird in der nächsten Sitzung beauftragt, die Angelegenheiten weiter zu verfolgen. Einleitend wurde noch weitere Verhandlungen nötig, und der Redner ermahnte die Verbände, die die Verhandlungen dazu zu führen. Die Kommission behandelte ebenfalls die Frage des Gewerkschaftsrechts. Da der verlorene Genosse Ditzmann Mitglied der Kommission war, wurde der Zimmererverband beauftragt, einen neuen Vertreter in diese Kommission zu entsenden.

In bezug auf die Entschädigung für noch eine längere Auseinandersetzung über die Entschädigung. Genosse Adolf Geyen (Bergarbeiter) berichtete über den Gegenstand, soweit er bis jetzt vorliegt. Die Entscheidung der Gewerkschaften hat erhebliche Schwierigkeiten bei der praktischen Ausführung ergibt und es wird die Aufgabe der Gewerkschaften in diesem Sinne, daß die bisher erzielten Ergebnisse bei den Verhandlungen im Reichstag nicht wieder eingetragt werden. Eine längere Aussprache entspann sich über die Verhandlung der Entschädigung und über etwaige Schritte in gemeinsamer Betreibung. Es soll natürlich versucht werden, in bezug auf die verschiedenen Bestimmungen, die der Arbeiterkammer zugehört, eine gemeinsame Lösung zu finden.

Es war eine sehr anregende und wichtige Tagesordnung, die der Ausschuss beendete zu einem Ende, und daß sie mit Teilnahme der Mitglieder und dem besten Sachverstande durchgeführt wurde, ist ein Beweis für die Einheitlichkeit und den inneren Zusammenhalt der deutschen Gewerkschaften. Die Ausschussmitglieder gingen in dem Gefühl aus, daß sie einen großen Schritt zur Einheitlichkeit der deutschen Gewerkschaften getan haben.

Es war eine sehr anregende und wichtige Tagesordnung, die der Ausschuss beendete zu einem Ende, und daß sie mit Teilnahme der Mitglieder und dem besten Sachverstande durchgeführt wurde, ist ein Beweis für die Einheitlichkeit und den inneren Zusammenhalt der deutschen Gewerkschaften. Die Ausschussmitglieder gingen in dem Gefühl aus, daß sie einen großen Schritt zur Einheitlichkeit der deutschen Gewerkschaften getan haben.

Es war eine sehr anregende und wichtige Tagesordnung, die der Ausschuss beendete zu einem Ende, und daß sie mit Teilnahme der Mitglieder und dem besten Sachverstande durchgeführt wurde, ist ein Beweis für die Einheitlichkeit und den inneren Zusammenhalt der deutschen Gewerkschaften. Die Ausschussmitglieder gingen in dem Gefühl aus, daß sie einen großen Schritt zur Einheitlichkeit der deutschen Gewerkschaften getan haben.

Es war eine sehr anregende und wichtige Tagesordnung, die der Ausschuss beendete zu einem Ende, und daß sie mit Teilnahme der Mitglieder und dem besten Sachverstande durchgeführt wurde, ist ein Beweis für die Einheitlichkeit und den inneren Zusammenhalt der deutschen Gewerkschaften. Die Ausschussmitglieder gingen in dem Gefühl aus, daß sie einen großen Schritt zur Einheitlichkeit der deutschen Gewerkschaften getan haben.

- Heft 2: Geschäftsleitung, Geschäftsordnung und Arbeitsordnung des Betriebsrats. Preis 40 Pf.
 - Heft 3: Richtlinien für Einkaltungen und Entlassungen. Preis 50 Pf.
 - Heft 4: Der Obmann im Kleinbetrieb. Preis 60 Pf.
 - Heft 5: Wer ist zuständig bei Streitigkeiten? Preis 50 Pf.
 - Heft 6: Was ist eine Bilanz? Preis 90 Pf.
 - Heft 7: Grundzüge für Vorträge über das Betriebsratsgesetz und die damit zusammenhängenden Gesetze. Preis 80 Pf.
- Vorstehender Preis gilt nur für gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, für unorganisierte erhöht sich der Preis um 100 Prozent.

Versetzung eines Mitglieds einer Betriebsvertretung ohne Zustimmung der Betriebsvertretung ist unzulässig.

Der Schlichtungsausschuss Höchst a. Main hat in seiner Sitzung vom 14. Dezember entschieden, daß die Versetzung eines Betriebsratsmitgliedes ohne Zustimmung der Betriebsvertretung nach § 96 unzulässig ist. In der chemischen Fabrik „Enamele“ war ein Mitglied des Betriebsrats von einer Betriebsabteilung nach einer anderen Abteilung versetzt worden, ohne daß der Betriebsrat seine Zustimmung zu dieser Versetzung gegeben hatte. Der Schlichtungsausschuss entschied, daß das Betriebsratsmitglied an seiner bisherigen Arbeitsstelle weiterbeschäftigt werden muß.

Weiter hat der Schlichtungsausschuss Höchst seine in Nr. 52 des „Proletariats“ getriggerte Entscheidung vom 16. November 1920 dahin geändert, daß das Betriebsratsmitglied P. wieder eingestellt wird und eine Geldentschädigung nach § 87 nicht in Frage kommen kann.

@@@ Aus der Industrie @@@

Chemische Industrie

Nochmals Gesundheitschädigung durch Tetralin.

Auf unseren Artikel mit obiger Überschrift im „Proletariat“ Nr. 50 vom 11. Dezember geht uns von der Fachstellenleitung Dessau und dem Betriebsrat des Tetralinwerkes Hohenleben in Dessau eine Berichtigung zu. In der Zuschrift wird gesagt, daß der Betriebsrat die Angaben in dem Artikel für un wahr oder übertrieben erklärt, weil einige Betriebsratsmitglieder sich die Hände schon seit Monaten mit Tetralin reinigten, ohne die geringsten Folgen zu bemerken.

Nach Anfrage bei der Krankenkasse sind auch dort Hauterkrankungen durch Tetralin nicht festgestellt worden. Daß Tetralin nicht ungefährlich ist, will der Betriebsrat nicht bestreiten. Aber alle die Angaben der Nr. 9 der „Farbenzeitung“ und der „Zeitschrift der deutschen Del- und Fettindustrie“ vom 21. Juli sind übertrieben. Der Grund zu diesen Artikeln in den vorbenannten Zeitschriften entspringt der Konkurrenz. So weit das Wesentliche der Zuschrift.

Unter Artikel im „Proletariat“ Nr. 50 ist zum Schutze unserer Mitglieder geschrieben. In früheren Jahren haben wir den Gesundheitsgefahren in der chemischen Industrie größte Aufmerksamkeit gewidmet und durch Wort und Schrift die Verhältnisse zu bessern versucht — nicht ohne Erfolg. Durch die wildbewegten Zeitschriften nach der Revolution konnten wir dieser Angelegenheit nicht immer die gebührende Aufmerksamkeit schenken, was in Mitgliederkreisen unliebsam bemerkt wurde. Der Verbandstag und der Verbandsrat beschäftigten sich mit diesen Dingen auf Veranlassung vorliegender Anträge. Inzwischen wurden Gesundheits- und Fachstellen durch Rundschreiben aufgefordert, diesen Gefahren wieder größere Aufmerksamkeit zu widmen. Im „Proletariat“ wurde die Notwendigkeit dieser Betätigung hervorgehoben und einige gefährliche oder gesundheitschädliche Arbeitsmethoden und -produkte besprochen. Bei Sichtung und Studium des Materials erschien uns auch Tetralin beachtenswert, und wir besprachen dessen Wirkung auf die damit hantierenden Arbeiter. Daß wir damit den Protest der Kollegen in Dessau herausfordern würden, konnten wir nicht voraussehen. Aber selbst wenn wir das erwartet hätten, wäre der Artikel doch geschrieben, weil er im Interesse unserer Mitglieder geschrieben werden mußte.

Zum Bericht selbst müssen wir sagen, daß die Kollegen in Dessau von falschen Voraussetzungen ausgehen und deshalb auch zu falschen Schlussfolgerungen kommen. In persönlicher Aussprache liegen die Kollegen schon durchblicken, daß der Artikel von Konkurrenz des Tetralins in den „Proletariat“ lanciert wäre. Gegen solche Ansicht brauchen wir uns nicht zu verteidigen. Wir nehmen auch an, daß unsere Kollegen nicht inspiriert worden sind. Der Artikel ist unsere eigene Arbeit. Es ist aber nicht wahr, daß die angezogenen Artikel in der „Farbenzeitung“ und in der „Zeitschrift der deutschen Del- und Fettindustrie“ übertrieben sind. In der „Farbenzeitung“ erschien eine Anfrage, ob sich die Arbeiter gegen Schädigungen durch Tetralin, wie sie in der Anfrage geschildert sind, schützen können. Die Antwort lautete, daß diese Mittelung um so mehr überrascht, weil solche Schädigungen durch vorliegende Gutachten bestritten resp. als unbedeutend hingestellt worden. Es wird dabei auf die „Zeitschrift der deutschen Del- und Fettindustrie“ vom 21. Juli hingewiesen, in welcher eine Arbeit des bekannten Toxikologen, Professor Dr. L. Lewin, erschienen ist, in der auch das Tetralin einer besonderen eingehenden Untersuchung unterzogen ist. Wir schlugen die Zeitschrift nach und fanden unter dem Rubrum: „Ueber giftige Extraktionsmittel für Fett, Wachse, Harze und andere ähnliche wasserunlösliche Stoffe“ auch eine Besprechung des Tetralins, die wir in Ihren wichtigsten Angaben brachten. Wir fanden aber, daß die „Farbenzeitung“ die im Gutachten Dr. Lewins immerhin erkennbaren Gefahren zu wenig gewürdigt hatte und holten das in unserem Artikel nach. Da uns die Aufgabe gestellt ist, zum Schutze der Arbeiter in der chemischen Industrie den Gefahren nachzugehen, nehmen wir solche Artikel und wissenschaftliche Abhandlungen in kritische Behandlung. Das Ergebnis ist die im „Proletariat“ ausgesprochene Ansicht. Wir haben keine Ursache, dieselbe zu ändern. Wenn aber der „Zeitschrift der deutschen Del- und Fettindustrie“ Konkurrenzzeit vorgeworfen wird, weil sie längere Abhandlungen über die Giftigkeit der Extraktionsmittel aus der Feder Dr. Lewins bringt, wagen die Kollegen selbst entscheiden, ob sie ihrer Sache damit gedient haben.

Betriebsrätewesen.

Informationsmaterial für Betriebsräte.

Diese Betriebsrätezentrale hat bereits eine Anzahl der wichtigsten Informationsmaterialien erscheinen lassen. Bis jetzt sind sieben Hefte erschienen. Die meisten davon betreffen, daß dieses Material durch die Ortskommissionen bezogen werden kann. Soweit Ortskommissionen nicht bestehen, sind die diesbezüglichen Bestellungen unter gleichzeitiger Einreichung der Beiträge möglich der Postämtern an die Betriebsrätezentrale direkt zu richten.

Bis jetzt folgende Hefte erschienen:

- Heft 1: Richtlinien, Arbeitsplan, Aufgaben und Normalformen der ständigen Betriebsrätezentrale, Preis 60 Pf.

Es ist gemäß bekanntlich, wenn ein Arbeiter mit rund 400 Arbeitern beschäftigt werden muß, wenn die Besoldung keinen Abzug finden. Die Kollegen müssen aber nicht vergessen, daß weniger die Konkurrenz daran schuld ist, als vielmehr die Unmöglichkeit der Zentralität. In der Erzeugung waren bisher bewährte Lösungsmittel knapp gemessen oder überhaupt nicht zu haben. Als Ersatz fand sich das Tantal. Tantal hat leider die unangenehme Eigenschaft, den Bau zu fördern. Unangenehm sind die Stagen über Stoffabgabe fertiger Ladungen. Soweit wir übersehen können, sind Sachverständige und Händler in Schadenersatzprozesse verwickelt, weil der Rat im fertigen Zustand nachdruck und rüch. Sachverständige sind in Bewegung gesetzt, nur dem Grund des Nebels zu erfordern und dem Nebel selbst zu fernern. Soweit uns bekannt, bisher erfolglos. Aus diesem Grunde ist es verständlich, daß die Verbrüder auf Verwendung des Tantalins verzichten, sobald sie die Möglichkeit haben, alternative Lösungsmittel zu erhalten. Das ist geschehen, als Benzol und Terpentin wieder in größerer Menge zur Verfügung standen. Wollen die Tantalinfabrikanten ihre Produkte weiter absetzen, was wir im Interesse der in dieser Industrie beschäftigten Arbeiter aufs schärfste wünschen, so müssen sie die Vorbedingungen dazu schaffen, indem sie den schädigenden Einwirkungen des Produktes nachforschen und sie beseitigen. Im Interesse der Arbeiterchaft werden wir auch in Zukunft auf die Gefahren aufmerksam machen und Vorschläge zur Abhilfe unterbreiten, soweit das möglich ist. Wenn die Erfahrungen unserer Kollegen mit unseren Angaben nicht übereinstimmen sollten, bitten wir uns das mitzuteilen. Notwendig ist aber dann genaue Angabe von Erfahrungen und Gründen. Den Angaben im Bericht aus Dessau, daß Erkrankungen nicht vorgekommen sind, stehen einwandfreie Angaben entgegen, die solche Erkrankungen hervorheben und beweisen.

Amerikanischer Kallbedarf und Preispolitik des Kall-Syndikats.

Der Nr. 286 der „Deutschen Bergwerkszeitung“ vom 5. 12. 1920 entnehmen wir folgendes:

„In den westlichen Kreisen geht schon seit einiger Zeit das Gerücht um, daß wegen der Preispolitik des Kall-Syndikats das Zustandekommen neuer Kallabträge mit Amerika sehr in Frage gestellt sei. Vergegenwärtigt man sich, daß Amerika überhaupt kein deutsches Kall mehr beziehen wolle. Die Kurse der Kallwerte sind drunten schon seit Wochen ganz erheblich zurückgegangen, und im Kreise der Befürworter von Kallpapieren herrscht eine allgemeine Mißstimmung. Wir haben zur Klärung der deutsch-amerikanischen Kallfrage eingehende Erkundigungen eingezogen und sind in der Lage, über den Stand der Angelegenheit folgendes zu veröffentlichen:

Das Kall-Syndikat beschäftigt sich neuerdings wieder mit der Frage, in welcher Weise es Amerika gegenüber aufzutreten habe, um zu größeren Geschäften zu kommen. Geheimrat Kempner, der selber im Auftrag des Kall-Syndikats nach Nordamerika geschickt ist, hatte unlängst die Ansicht vertreten, daß die Amerikaner gar keinen Kallbedarf hätten. Dies ist, wie uns von amerikanischen Geschäftsleuten, die das deutsche Kall-Geschäft in Amerika seit Jahrzehnten betreiben und die Markt-lage daher genau kennen, verifiziert wird, nur insoweit richtig, als zu den vom deutschen Kall-Syndikat geforderten Preisen in der Tat kein Interesse für Kall, weder bei den Farmern, noch bei den mit diesen in enger Geschäftsverbindung stehenden Importeuren besteht. Denn auch ohne nennenswerte Mengen Kall hat Nordamerika nach Ansicht der Importeure und der Farmer Kallbedürfnisse verzehren können.

In der neuesten Konferenz der American Cotton Association, die in Mont.gomery im Staate Alabama abgehalten worden ist, wurde wiederum festgestellt, daß der Mangel an Kall vorhanden, den verminderten Baumwollanbau durch erhöhte Erzeugung auszugleichen und damit der Welt-Marktlage zu genügen. Jedoch sind die wiederholt geäußerten Ansichten des Herrn Geh. Rat Kempner vom Kall-Syndikat nicht richtig; Nordamerika hat großen Kallbedarf, kann aber nicht zu einem Zeitpunkt, wo die Erzeugung der gesamten Baumwollwirtschaft fast im Markt liegen und nur zu weitestgehender Preissenkung führen, so hohe Preise anlegen, wie sie seitens des deutschen Kall-Syndikats gefordert werden.

Wäre die Ansicht des deutschen Kall-Syndikats hinsichtlich eines Kallbedarfs an Kall in Nordamerika richtig, so wäre es doch verwunderlich, warum die Amerikaner aus Frankreich 24 000 Tonnen K₂O bezogen haben und wiederum sehr erhebliche Mengen effizienten Kall von Frankreich beziehen. Der Grund hierfür ist lediglich der, daß die Franzosen um 15 bis 20 Prozent billiger liefern als die deutschen Werte es dürfen. Die uns von amerikanischen Fachleuten berichtet wird, hat das deutsche Kall-Syndikat zuletzt 145 Dollar pro Tonne K₂O ab Hamburg verlangt. Als Amerika daraufhin erfuhr, kam deutsches Kall mehr zu werten, weil diese Preise weder die Farmer, ja selbst nicht einmal die Baumwoll- und Faserhersteller des Südens bezahlen wöhlen, ging das deutsche Kall-Syndikat nach langen Verhandlungen auf 90 Dollar ab Hamburg zurück, während vor dem Kriege 32 Dollar für die Tonne 80prozentiges Charakteristik bezahlt worden sind. In diesen Preisen wurden im Jahre 1913 238 254 Tonnen K₂O abgenommen. Dann war aber der Bedarf in Amerika bei weitem nicht gedeckt und es hätten ganz erheblich größere Mengen eingeführt werden können, wenn das deutsche Kall-Syndikat die Preise für Kall besser den Verhältnissen der Landwirtschaftlichen Erzeugung, insbesondere der Baumwolle, anzupassen hätte. Jedweder ist der Kallhunger in Nordamerika so groß geworden, daß ganz erhebliche Mengen Kall zu einem Preise eingeführt werden könnten, der sich etwa auf der Grundlage des Preises vor dem Kriege bewegt. Würde dieser Preis oder höchstens ganz mäßig erhöht im Vergleich zu Kriegszeit, so würde das Kall-Syndikat zugewinnen, so wäre sicher, daß allein die American Cotton Association 1 bis 1 1/2 Millionen Tonnen K₂O beziehen würde, um die Baumwollkultur von ein Dutzend oder gar um die Hälfte der vorherigen Größe zu steigern. Würde der Preis bis etwa zu den Kriegspreisen gesenkt, so würde ja garlos sein, daß Amerika genug ist, in sehr großen Mengen gegen deutsches Kall Konkurrenz zu dem Preise wie vor dem Kriege einzubringen.

Die dem Präsidium der American Cotton Association nachstehenden Preise bezeugen, daß die effizienten Werte genügt wären, zu etwa 40 Dollar die Tonne K₂O in Form von Sulfat mit 20 Prozent ab Hamburg zu liefern. Es soll sich um Millionenausweise handeln. Man spricht von einem Abstieg von etwa 2 bis 2 1/2 Millionen Tonnen K₂O. Sollten diese Abstiege zustande kommen, so würde es möglich sein, ohne das deutsche Kall in Nordamerika auszulassen, denn die Eigenzeugung aus der amerikanischen Erzeugung und aus der amerikanischen Erzeugung und der Kallgewinnung beträgt ungefähr 3000 Tonnen.

Unter solchen Umständen ist es nicht schwer zu erörtern, welche Wege das deutsche Kall-Syndikat einschlagen hat. Es war ihnen, ist es neuerdings auch bereit, die Verkaufspreise bis auf 60 Dollar für die Tonne 80prozentiges Charakteristik zu senken. In diesen Preisen ist jedoch eine Beseitigung im nennenswerten Maße geistlich der amerikanischen Importeure vollkommen ausgeschlossen, denn unter diesen Umständen wird das effiziente Angebot der französischen Regierung bekannt, die Zustimmung der amerikanischen Antikarvenzien finden, für das Überhaupt schon außerordentlich einträgliche Preise im Ausland und in Deutschland tätigen sind. Es war nicht unvorstellbar, daß die deutschen Werte für das nordamerikanische Geschäft überhaupt ausbleiben müßten, nachdem durch den Krieg die Deutschen ihre Konspiration auf dem Weltmarkt verloren haben und die parabolische Bewegung einsetzte in der Lage ist, über große Bestände effizienten Kalls zu verfügen, die sie zur Senkung der Lebensmittelpreise in Frankreich zu anderen billigen Preisen auf den amerikanischen Markt zu werfen gestattet ist.

Wie wir zu dieser Angelegenheit weiter erfahren, haben bereits Verhandlungen mit dem Rat des Kall-Syndikats stattgefunden, um zu dem Amerika-Geschäft Stellung zu nehmen. Es sollen Anfang Januar einige Herren der Kall-Gruppe und ein bis zwei Vertreter des Kall-Syndikats nach Amerika fahren um die offizielle Verhandlungen einzuleiten. Man ist sogar in unmittelbarer Nähe der Ansicht, daß auf einen Preis von 40 Dollar je Tonne 80prozentiges Charakteristik ein größerer Abstieg im Preise der Kall-Syndikat liegt.

„Der Rat des Kall-Syndikats hat heute, 11. Dezember, das Kall-Syndikat nach einem ganz anderen Standpunkt. Die Angelegenheit ist nunmehr in die Hände der Amerikaner übergegangen, und die Frage der Kallabträge ist in eine andere Phase eingetreten, doch, wie man weiß, daß die Kallabträge und die Kallabträge des Kall-Syndikats eine wichtige Rolle spielen. Die Kallabträge sind eine wichtige Angelegenheit, die den Kall-Syndikat in die Hände der Amerikaner übergegangen ist. Die Kallabträge sind eine wichtige Angelegenheit, die den Kall-Syndikat in die Hände der Amerikaner übergegangen ist. Die Kallabträge sind eine wichtige Angelegenheit, die den Kall-Syndikat in die Hände der Amerikaner übergegangen ist.

Über noch ein anderes Moment kommt Herber in Erinnerung. Bekanntlich forderte das Reichsministerium für den Kall-Syndikat eine Ausschreibung in Höhe von einer Viertelmillion Mark. Das Kall-Syndikat wehrte sich aber gegen eine solche Abgabe mit dem Hinweis auf die gänzlich veränderte Geschäftslage im Frühjahr 1920, die keine Gewinne, sondern große Verluste gebracht habe. Seit dem ist nur die Lage geblieben, daß das Kall-Syndikat für die nach Amerika verfahrenen Kalle einen Betrag von 1,3 Millionen Dollar von amerikanischen Banken als Kasse hat geben lassen. Dieses Kommando ist ungefähr zu dem heutigen Dollarkurs gelöst worden. Verluste daraus sind unvorstellbar zu erörtern, als das Kall-Syndikat aus früheren Überlegungen nach Amerika mehr als das Doppelte des Betrags zurückhalten und nicht an die Kallwerke zur Verteilung gebracht hat.

Sie meint sich das mit der verweigerten Ausschreibung zusammen? Wir erwarten, daß das Kall-Syndikat sich dazu äußern wird.

Monarchisten und Deutschnationale zahlen nichts.

Durch die Zersplitterung innerhalb der Arbeiterbewegung gewinnt die Bourgeoisie sowie das Unternehmertum immer mehr die Oberhand. Auf allen Gebieten macht man Wahrnehmungen, welche darauf hindeuten, daß nicht nur die Großindustriellen der Kammer anjuchelt, sondern auch ganz kleinen Unternehmern. Folgendes Vorwissen ist dieses beweisen:

Für die Eisenarbeiter und -arbeiterinnen wurden am 2. 11. 1920 neue Lohnsätze vereinbart. Die Firma Haude u. Kunze, Waldeustraße 43, weigerte sich, diese Lohnsätze zu zahlen. Vor dem Schlichtungsausschuß der Eisenindustrie erklärte der Firmeneiter, daß er die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter nicht anerkenne, er wolle mit dem Verbandsrat nichts zu tun haben. Im Vertriebe der Firma sind u. a. zwei alte Arbeiter seit circa 40 Jahren beschäftigt. Diesen beiden Arbeitern zahlt die Firma den fortwährend Lohn von 3,50 Mk. pro Stunde, die anderen Arbeiter erhalten pro Stunde 40 Pf. weniger, als für die Eisenindustrie tariflich vereinbart ist. Ein Betriebsrat besteht im Vertriebe nicht, weil die Firma das Betriebsratsgesetz nicht anerkennt. Auf die Behauptung, welche dem Firmeneiter Herr Dr. Nagelschmidt über Wahl von Betriebsräten erteilt wurde, erklärte dieser Herr folgendes:

„Ich bin deutsch-national, monarchistisch und erkenne die Gewerkschaften, welche von denen geschaffen werden, die jetzt die Macht haben, nicht an.“

Die Arbeiterchaft kann sich nur auf ihre eigene Kraft verlassen; diese Kraft darf nicht immer mehr zersplittert werden. Wir haben in Deutschland nur noch einen fest zusammengeführten Block: dies sind die freien Gewerkschaften. Vor dem Kriege hatten die freien Gewerkschaften die Aufgabe, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterchaft zu verbessern. Heute haben sie neben dieser Tätigkeit andere große gewaltige Aufgaben zu erfüllen. Diese Aufgaben können natürlich nur gelöst werden durch ein einmütiges Zusammenarbeiten der Gewerkschaften mit den sozialistischen Parteien. Das Manifest hat aufgehört, jetzt muß gegritten werden. Die gesamte Bourgeoisie sowie Unternehmern und Bürgerium stehen der Arbeiterchaft gegenüber. Noch ist es Zeit; wird der Zeitpunkt aber verpaßt, sieht die gesamte Arbeiterchaft nicht in letzter Stunde ein, daß nur die Einheitsfront der gesamten Arbeiterklasse ihrem Gegner ein bis hierher und nicht weiter entgegen setzen kann, dann wird das deutsche Proletariat zum weltgrößten Sklaven seiner Gegner. Jetzt heißt es nicht mehr die Schuldfrage unterfragen, welcher Teil des Proletariats sich im Revolutionskampf nicht bewährt hat; durch wessen Schuld die Erzeugnisse der Revolution uns zum größten Teil aus den Händen gewunden sind, jetzt muß die Parole heißen: Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur ihr eigenes Werk sein, indem die gesamte Arbeiterchaft Deutschlands als Gewerkschafts- und sozialistische Parteienmitglieder in geschlossener Einmütigkeit den Kampf aufnimmt — nicht gegen andere denkende Arbeitermassen — sondern gegen diejenigen, welche nach heute die Todfeinde der Arbeiterklasse sind. Nur auf dieser Wege ist es möglich, den Sozialismus zu verwirklichen. Karl Koch (Berlin).

Papier-Industrie ***

Niederschritt

Über die Sitzung des Tarifrats der Deutschen Papier-, Papp-, Zellstoff- und Holzschiff-Industrie am Freitag, 17. Dezember 1920, vor-mittags 9 Uhr, in Charlottenburg.

Anwesend:

1. als Arbeitgebervertreter die Herren Diamant, Ehart, Jülig, Paul, Seidel;
 2. als Arbeitnehmervertreter die Herren Gerdel, Jins, Nidel, Küder, Wiede;
 3. der Leiter der Geschäftsstelle Dr. Leopold.
- Vorsitz: Turnusgemäß Herr Direktor Diamant.
Schriftführer: Turnusgemäß Herr Lutz.

§ 1.

Antag des Fabrikarbeiterverbandes Düsseldorf, die Firma Lönnesmann & Vogel zu verurteilen, der Arbeiterchaft den Lohn bis zum Zeitpunkt der verpflanzten Wiedererrichtung des Betriebes zu zahlen.

Für die Antragstellerin erscheint Herr Carlleiter Wäglert, Herr Kleins, hiesiger Fabrikarbeiterverband, Dagen.

Für die Firma Herr Lönnesmann.

Die Parteien schließen folgenden Vergleich:

„Die Firma erklärt sich bereit, der Arbeiterchaft, die an dem sonstigen Tage zur Telegität geholt, zu dem tarifmäßigen derzeitigen Stundenlohn an einem Tage der kommenden Woche einen Ausgleich von 50 Prozent auszugahlen.“

B. g. n.

geg.: J. Lönnesmann & Vogel. geg.: Paul Wäglert.
geg.: Franz Kleins.

§ 2.

Prüfung der Forderung des Fabrikarbeiterverbandes Düsseldorf, gegen die Praxis des Schiedsgerichtes Düsseldorf und Antrag des Fabrikarbeiterverbandes Düsseldorf, auf Anhebung des Schiedspräsidenten des Schiedsgerichtes der Gruppe Düsseldorf vom 1. Dezember d. J. bei. Entschcheidung über die Ortshauszugehörigkeit

- a) der Firma Gerber & Co. in Gags i. B. — Dessau;
- b) der Firma Gebr. Postmanns, Werra;
- c) der Firma Gebr. Köpcke, Werra.

Für die Antragstellerin erscheinen Herr Carlleiter Wäglert und Herr Kleins.

Für die Anttragsgegner Herr Steinwacker und Herr Köpcke.

Das Tarifamt fällt folgenden Spruch:

„Der Schiedspräsident des Schiedsgerichtes der Gruppe Düsseldorf vom 1. Dezember d. J. wird aufgehoben. Die Besetzung des § 11 des Gesamtarbeitsvertrages vom 22. Juli 1920 für die Werraberg des Schiedsgerichtes sind nicht erfüllt, aber auch nicht, daß der Entschcheidung des Schiedsgerichtes nicht beizutreten werden. Die Frage der Zuständigkeit, d. h. des formellen Befehdes über einen Antrag, ist klar zu trennen von der sachlichen Zugehörigkeit eines Antrages. Hinsichtlich und die tariflichen Schiedsstellen für alle aus dem Arbeitsverhältnis ergebende empfindenden Streitigkeiten, sofern das in § 11 des Gesamtarbeitsvertrages vorgegebene Verfahren eingehalten ist.“

Im Übrigen wird der Schiedspräsident der Gruppe Düsseldorf, für die Ortshauszugehörigkeit vorgesehene Bezeichnung.

§ 3.

Einspruch des Fabrikarbeiterverbandes Düsseldorf gegen die Entscheidung des Schiedsgerichtes Düsseldorf betr. Zahlung von Löhnen beim Urlaub Kellners der Papierfabrik Kabet.

Für die Antragstellerin erscheinen Herr Wäglert und Herr Kleins.
Für die Anttragsgegnerin: niemand.
Ein Schiedspruch, laut wegen Sinnungleichheit nicht zulässig.

§ 4.

Einspruch des Fabrikarbeiterverbandes Werra gegen die Entscheidung des Schiedsgerichtes Werra betr. Ortshauszugehörigkeit

- a) der Firma Steinbeis u. Konjorten, Brühlwäld;
- b) der Firma A.-G. für Zellstoff- und Papierfabrikation Werra.

Für die Antragstellerin erscheint Herr Wagner (Werraheim).
Für die beklagte Firma zu a) Herr Direktor Geßler.
Für die beklagte Firma zu b) Herr Direktor Koch.
Für die Gruppe Werra: Herr Blumheim.

Das Tarifamt fällt folgende Entscheidung:
Auf Grund des von den Parteien beigebrachten, zu widerprüfenden, wenn auch unklaren Materials war das Tarifamt der Lage, sich ein festes Bild davon zu machen, ob der Arbeiterchaft auf Verlegung in eine höhere Ortsklasse von Werra und Brühlwäld gerechtfertigt erscheint oder nicht.

Es wird daher den beiderseitigen Bezirksverbänden empfohlen, in paritätischer Verhandlung das gesamte Material, das falls von den Beteiligten zu erweitem wäre, durchzuführen, und vollständig zu einer beide Teile befriedigenden Lösung der Streitigkeiten. Die beiderseitigen Herren Vorsitzenden des Tarifamtes, falls die Beteiligten es wünschen, an diesen Verhandlungen teilzunehmen.“

b. g. n.

geg.: B. Eins. geg.: Robert D.

Fort mit den Ueberstunden

In der Papierfabrik wurden in der letzten Zeit viel Ueberstunden und Sonntagsarbeit geleistet. Der Arbeiterchaft wurde daraufhin in Schlichtungsverhandlungen mit dieser die Belastung auf, endlich mit 10 Ueberstunden befreit. Soweit möglich, sollten Ueberstunden und Sonntagsarbeit fortfallen und nur 48 Stunden pro Woche zur Auszahlung. Die Kollegen stimmten dem zu, hielten aber ihr Versprechen. In dem auf die Schlichtungsverhandlungen folgenden Sonntag um drei Uhr nachmittags wurde eine Kontrolle des Betriebes und was für Arbeiten geleistet wurden. Dieses Vorgehen beantragte die Direktion damit, daß sie am anderen Tage die drei Kolle weiter arbeiten ließ, dem Betriebsratsvorsitzenden sogar das des Betriebes verbot. Erst am anderen Tage erfolgte die Kontrolle des Betriebs, nachdem in einer Betriebsratsung Punkte verhandelt worden war und die Verhandlung ergebnislos geblieben war. Die Direktion erklärte, sich bezüglich der Ueberstunden den Tarifvertrag halten zu wollen. Der Betriebsrat wird am nächsten Sonntag den Betrieb kontrollieren und an der Kontrolle nachprüfen, wer die meisten Ueberstunden leistet, und nur Ueberstunden vermindert werden, die während der regelmäßigen Arbeit geleistet sind.

Kollegen, die Frage der Ueberstunden- und Sonntagsarbeit gelöst, jedoch ihr selbst den Willen haben, endlich davon abzulassen, genug hat die Klassenbewußte Arbeiterchaft um den Arbeitskampf. Wir haben keine Ursache, dem Unternehmertum bei der Führung einer längeren Arbeitszeit beizustimmen zu sein und uns im allgemeinen herabzulassen. Durch die Ueberstunden ist einzelne materielle Vorteile ertragen, der größte Teil der Kolleker dabei aus. Zutritt und Uneinigkeit sind die Folgen von Geschäftsverlusten. Darum, hinweg mit einer jeden verwerflichen Handlungsweise. Der Ueberstunden ist sofort beizulegen, jeder Kollege seine Pflicht als organisierter Arbeiter tun und sich erklären.

Papier verarbeitende Industrien

Die „Auchkollegen“ aus Berlin.

In Nr. 49 des „Proletariats“ konnten wir noch vor dem das im Verborgenen blüht, schreiben. Aus dem Verborgenen die Berliner Papierenarbeiter und Formstifter, welche heute noch ihre persönlichen Interessen selbst ohne eine feste Organisation zu können, herauszutreiben. Aus einem Betriebe in Sachsen wird ein „gewaltiges Flugblatt“ in Kopiergröße übermittelt, dessen uns so wichtig erscheint, daß wir es nachgehend veröffentlichen, die gesamte Papierenarbeiterchaft von dem Geistesprodukt eines Mannes erhält.

Berlin, im Dezember

Kollegen!

Papieren und Formstifter!

Eure Berliner Kollegen sind sich nach reiflicher Ueberlegung einig geworden, endlich wieder ihre sachlichen Interessen für die Hand zu nehmen; sollten Ihnen von anderer Seite unrichtige gemacht worden sein, so bitten wir, vorstehendes zur Kenntnis zu nehmen.

Mit kolleg. Gruß

die Berliner Kollegen

Papieren und Formstifter

1. u. 2. Josef Dreyal

Berlin S. O. 33, Wangelstr. 83, vorn 1. Trp.

In einer Zeit, wo alles zum Zusammenstoß drängt, glanzvolle Arbeiter einer Industrie es der stauenden Welt nicht machen zu müssen, daß sie selbst nach reiflicher Ueberlegung eine feste Organisation begehren haben und daß sie nun erwarten, andere auf den Weg zu bringen, der den Berliner schon seit Jahren gegangen ist. Es kommt auch nicht, daß die Berliner sich darüber einig geworden sind, von dem Berliner Spardesinteresse zu lassen, sondern die einseitigen Kollegen sich mehrmals, in irgendeiner Weise mit diesem Organisations-Bewußtsein getraut zu werden. Aber auch die gesamten Kollegen-Papierenarbeiter in Berlin sind der Auffassung, daß das Verlangen der Berliner Papierenarbeiter alles andere war nicht über den Lohnpolitik der Papierenarbeiter einmütig wird. Es war möglich, daß einzelne der Berliner Papierenarbeiter für sich persönlich Vorteile hätten; das soll ja auch schon früher der Fall gewesen sein, bei diesen persönlichen Vorteilen zu bedenken, aus welchen Gründen Arbeiter dieser oder jener Arbeiter einen Schaden in der Welt, daß damit der übrigen Arbeiterchaft zu ihrem Recht wird, daß man wohl auf Grund der gemachten Erfahrungen preisgibt.

Der neue Organisationsapparat des Berliner Spardes der Drucker wird wohl zugehen müssen, daß in einem Streit mit dem mächtig Bezahlung des Kollegen Dreyal mit seinem Arbeitgeber Berliner Papierenarbeitern Kutzmann, er selbst nicht in der richtigen Lage zu stehen. Der Leiter unserer Berliner Papierenarbeiterorganisation vertrat damals der Firma gegen den Standpunkt, daß Dreyal als Drucker beschäftigt sei und als auch tarifmäßig entlohnt werden müsse. Dagegen erkläre er, daß der Leiter der Firma, Herr Kutzmann, daß Dreyal nicht als sondern als Hilfsarbeiter in Frage käme. Kollege Kutzmann verurteilte den Streit dadurch aus der Welt zu schaffen, daß er Dreyal autorisierte, als welches lebenswichtige Gut im Betrieb der Firma man er sich betraute. Darauf erfolgte von Dreyal die nicht klare Antwort: „Als Drucker und Hilfsarbeiter.“ Die richtigen Angaben wollen wir aus nicht bezweifeln, ob es von Kutzmann und von Kutzmann Kutzmann zu geben, anstatt den Streit zu vertreten, daß er als Drucker und den tarifmäßigen Lohn zu verdienen habe, überlassen wir dem Urteils der Kollegen im Streit. Dreyal betraute seine Tätigkeit bei den gesamten Papieren-

